

Zu diesem Heft

Das Debakel um die „Neue Heimat“ mit all seinen Begleiterscheinungen wirft Schatten auf zwei gewerkschaftspolitische Kernbereiche: Gemeinwirtschaft und Mitbestimmung. Beide sind mit dem Selbstverständnis, dem Selbstbewußtsein, mit Programmatik und praktischer Politik der deutschen Gewerkschaften seit Beginn dieses Jahrhunderts eng verbunden. Leiten das Ende des gewerkschaftlichen Wohnungsbau-Konzerns und der Verkauf anderer Teile der Gemeinwirtschaft einen „Paradigmawechsel“ in der gewerkschaftlichen Theorie und Praxis ein? Werden sich die Gewerkschaften - wie insbesondere Konservative und Liberale ihnen empfehlen - ganz auf Tarifpolitik und betriebliche Interessenpolitik beschränken? Oder werden sie an ihrem politischen Mandat festhalten und folglich versuchen - mit zeitgemäßen Mitteln -, eine „Lebensbewegung“ für die Arbeitnehmer zu schaffen, wie sie es, gerade mit Hilfe der gemeinwirtschaftlichen Infrastruktur, in den ersten Jahrzehnten dieses Jahrhunderts erfolgreich getan haben?

In der Hektik der laufenden Ereignisse (die manche sicher bis zu den Bundestagswahlen verlängert sehen möchten) sind grundsätzliche Fragen dieser Art im Moment noch nicht hinreichend zu beantworten. Zudem wird die notwendige Diskussion dadurch erschwert, daß Regierung und Koalitionsparteien jede Gelegenheit nutzen, die Gewerkschaften öffentlich vorzuführen und zu demütigen - letztlich um sie an den Rand zu drängen und zu schwächen. Aber wir sehen es als eine Pflicht dieser Zeitschrift an, die aufgeworfenen tiefgreifenden Fragen - grundsätzlich, offen, selbstkritisch - zu behandeln, sobald der Pulverdampf des Wahlkampfs abgezogen ist.

Die Redaktion